

Presseinformation

Belange der beruflich Pflegenden in NRW stärker berücksichtigen

Pflege-Berufsverbände VPU und DBfK fühlen Parteien auf den Zahn

Düsseldorf/Berlin, 26. April 2017. Der Verband der Pflegedirektoren und -direktorinnen an den Universitätskliniken und medizinischen Hochschulen in Deutschland (VPU e.V.) und der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) Nordwest e.V. haben die politischen Parteien in Nordrhein-Westfalen (NRW) aufgefordert, ihre Positionen und Ziele für die Pflegepolitik im bevölkerungsreichsten Bundesland offenzulegen und konkrete Maßnahmen zur Zielerreichung zu benennen. Im Vorfeld der Befragung hatten Vertreter beider Verbände Gesundheitspolitiker der Parteien umfassend über die politischen Forderungen der beruflich Pflegenden informiert und wiederholt an die Abgeordneten appelliert, die Anliegen dieser Berufsgruppe in den Wahlprogrammen zu den im Mai anstehenden Landtagswahlen zu berücksichtigen.

Zahlreiche Gesetzesinitiativen, Modellprojekte und Statements von politischen Repräsentanten zeigen, dass die Bedeutung der größten Berufsgruppe in Deutschland in der öffentlichen Wahrnehmung angekommen ist. Doch es gibt noch viel zu tun: Zentrale Reformvorhaben wie die Modernisierung der Pflegeausbildung wurden nach zähen Verhandlungen in deutlich abgeschwächter Form verabschiedet. Die Stärkung der Selbstverwaltung durch die Errichtung von Landespflegekammern verläuft eher schleppend. Von einer nachhaltigen Verbesserung der monetären und organisatorischen Rahmenbedingungen in der Pflege ist Deutschland ebenfalls noch weit entfernt. Nach Einschätzung von VPU und DBfK Nordwest wird daran auch die kürzlich erfolgte Einigung von Bund und Ländern, die Pflege durch Einführung fester Personaluntergrenzen zu stärken, nichts ändern. Auch diese wurde nach langem Ringen um einen Kompromiss erzielt – und weist VPU und DBfK Nordwest zufolge einen wesentlichen Webfehler auf. „Wir brauchen eine Nachweispflicht, um kontrollieren zu können, ob die zur Verfügung gestellten Mittel bestimmungsgemäß eingesetzt wurden, oder ob sie zur Querfinanzierung pflegefremder Projekte verwendet wurden“ erneuert Torsten Rantzsch, VPU-Vorstandsvorsitzender sowie Pflegedirektor und Vorstandsmitglied am Universitätsklinikum Düsseldorf, seine Forderung.

Es fehlt an klaren pflegepolitischen Konzepten

Pflegepolitik ist weitgehend Angelegenheit der Bundesländer. Um einschätzen zu können, für welche Pflegepolitik die Parteien in NRW stehen, wie sie die Rahmenbedingungen für die beruflich Pflegenden nach der Wahl prägen wollen und die Forderungen der Pflegeberufsverbände unterstützen, haben der VPU und der DBfK Nordwest die Parteien zu ihrer Position, Zielsetzung sowie konkreten Konzepten zur Zielerreichung in Bezug auf die drängendsten Themen der Pflege befragt: Mindestpersonalvorgaben in der Pflege, Instrumente zur Personalbemessung, Selbstverwaltung in Form einer Landespflegekammer,

Sicherstellung einer angemessenen Vergütung, Umsetzung der Reform der Pflegeausbildung, Bekämpfung des Fachkräfte- und Nachwuchsmangels – um nur einige Themen zu nennen. „Das Ziel der Befragung war, den Parteien einmal mehr bewusst zu machen, dass sie sich zu den für die Pflege wichtigen Themen eindeutig positionieren und den Pflegenden Antworten liefern müssen. Nur so werden sie die Wählerinnen und Wähler innerhalb der größten Berufsgruppe des Landes davon überzeugen, das Wahlkreuz am 14. Mai an der richtigen Stelle zu setzen“, so Martin Dichter, Vorsitzender des DBfK Nordwest e.V. Noch haben nicht alle Parteien geantwortet. Die vorliegenden Antworten sind zudem längst nicht so aussagekräftig, wie erhofft. Es fehlt weitgehend an pflegepolitischen Konzepten und konkreten Aussagen dazu, wie die gesteckten Ziele erreicht – und finanziert werden sollen.

VPU und DBfK Nordwest sind ungeachtet dessen entschlossen, sich weiterhin für eine Pflegepolitik stark zu machen, die die Interessen der Pflegenden in den Fokus stellt. „Die Parteien realisieren zunehmend, dass wir, der VPU und der DBfK Nordwest, wichtige Gesprächspartner und Sparringspartner für die Politik sind, die immer wieder entscheidende Impulse zur Weiterentwicklung der Pflegepolitik geben. Diese Position werden wir gemeinsam ausbauen, zum Nutzen aller beruflich Pflegenden in NRW – und bundesweit“, bekräftigen Torsten Rantzsch und Martin Dichter.

Sobald die Antworten aller Parteien vorliegen, stellen der VPU und der DBfK Nordwest eine Auswertung der Partei-Positionen auf den Websites www.vpu-online.de und www.dbfk.de zur Verfügung.

Über den VPU e.V.

Der Verband der Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren der Universitätskliniken und Medizinischen Hochschulen Deutschlands e.V. (VPU) ist der Managementverband leitender Pflegefachkräfte an den deutschen Universitätskliniken. Die 33 im VPU organisierten Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren repräsentieren etwa 60.000 Pflegenden an deutschen Universitätskliniken. Ziel der Verbandsarbeit ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine qualitätsorientierte Pflege. Sitz der Geschäftsstelle des VPU e.V. ist Berlin. Website: www.vpu-online.de

Über den DBfK Nordwest e.V.

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe Nordwest e.V. ist die größte, nicht-konfessionell gebundene Interessenvertretung der beruflich Pflegenden in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Der Verein mit Sitz in Hannover ist die berufspolitische Interessenvertretung aller Pflegenden – also der Alten-, Gesundheits- und Kinderkranken- und Gesundheits- und Krankenpflege - in allen Tätigkeitsfeldern der beruflichen Pflege. Der DBfK ist Mitglied im International Council of Nurses.

Website: www.dbfk.de/de/ueber-uns/region-nordwest

Pressekontakt

VPU e.V.

Torsten Rantzsch, Vorstandsvorsitzender

E-Mail: info@vpu-online.de

DBfK Nordwest e.V.

Burkhardt Zieger, Geschäftsführer

E-Mail: nordwest@dbfk.de